
These 26

Der demografische Wandel ist eine der größten Herausforderungen für unsere Zukunft. Der Bevölkerungsrückgang und die Alterung der Bevölkerung werden sich auf jeden Einzelnen und auf das gesellschaftliche Zusammenleben auswirken. Viele Regionen in Ostdeutschland sind darüber hinaus von einer hohen Abwanderung vor allem junger und gut ausgebildeter Menschen betroffen.

— . — . —

Eine der größten Herausforderungen für unsere Zukunft – Der demografische Wandel

Tilman Mayer

Der Transformationsprozess, der Ostdeutschland seit 1989 erfasst hat, führte in demografischer Hinsicht zu gravierenden Veränderungen. Die Einheit Deutschlands hat die beiden getrennten deutschen Linien auf den Schautafeln zur Bevölkerungsentwicklung, zum Verlauf der Fertilitätsrate usw. zwar wieder zusammengeführt. Gleichwohl bleiben hier wie in anderen Feldern der Politik nach wie vor Unterschiede bestehen. Zwanzig Jahre sind nach demografischen Maßstäben genommen eine relativ kurze Zeit. Das heißt, wir werden noch längere Zeit mit ost-west-spezifischen Daten zu tun haben – und dürfen sie nicht übersehen. In demografischer Hinsicht bleibt die Schaffung ungefähr gleichwertiger Lebensverhältnisse für die gedeihliche Entwicklung der Bevölkerung eine Aufgabe, die eher in Generationen zu messen sein dürfte. Gleichwohl sollte man er-

kennen, dass regionale Unterschiede ohnehin schon die alte Bundesrepublik charakterisierten, dass etwa das Emsland mit einem Kinderreichtum gut versorgt ist, während die großen Städte nicht eben als fertil bezeichnet werden können – was kein überraschender Befund ist in der Geschichte der Demografie.

Bekanntlich haben die Deutschen demografisch gesehen einen Preis für die Wiedervereinigung bezahlen müssen. Im Osten brachen die Geburtenzahlen seit 1990 drastisch ein. Der Wechsel des Systems hatte zu einer großen Verunsicherung im generativen Verhalten geführt. Die Politik der Geburtenförderung in der DDR-Mangelgesellschaft, die seit 1990 wegfiel, war durchaus effizient und relativ leicht erreichbar. Es zeigte sich, dass die westdeutsche Familienpolitik zwar die Leistungen der Familien würdigte, aber nicht so wirkte, dass die Realisierung von Kinderwünschen im Osten Deutschlands – zumindest nicht in dieser Umbruchzeit – ermöglicht wurde.

Die Spur der demografischen Transformation Ostdeutschlands im Verlauf der vergangenen zwanzig Jahre hat sich deshalb in der deutschen Bevölkerungsstruktur, zumindest Ostdeutschlands, deutlich verfestigt. Wir beschäftigen uns hier bereits mit den Folgen dieser nach der Einheit entstandenen Strukturen.

Demografischer Wandel meint Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung. Alterung ist, trotz der semantischen Bedeutung des Wortes, zunächst mal ein Ergebnis der oben geschilderten Entwicklung, die sich als eine Entjugendlichung aufbaut und die durch die damit bewirkte Veränderung in der Proportion von junger zu alter Generation zu dem führt, was dann schließlich Alterung genannt wird. Die auffallende Alterung im Osten der Republik wurde also einzig und allein durch den vorausgegangenen Baby-schwund ausgelöst! Die heute alten Menschen in den neuen Bundesländern, sagen wir die Gruppe 65 plus von

heute, lebte als Bevölkerungsanteil schon 1990. Aber dadurch, dass plötzlich die nachwachsende Generation nur noch torsoartig nachrückte, bekam der heute ältere Teil der Bevölkerung dasjenige Gewicht, das wir mit dem Stichwort Alterung beschreiben. Das schließt nicht aus zu sagen, dass die heute Älteren früher durchaus mehr Kinder hätten haben können.

Demografischer Wandel meint auch Schrumpfung der deutschen Bevölkerung. Lange Zeit, obwohl sie sich ereignete, wurde sie durch die Zuwanderung von außen ausgeglichen. Kennzeichen der spezifisch ostdeutschen Lage ist aber, dass dorthin eine Zuwanderung nur sehr begrenzt stattfindet, die Abwanderung deutlich größer ist. Ein Nettoverlust von rund zwei Millionen Menschen in Ostdeutschland muss seit 1989 verkraftet werden. Fast die Hälfte der Abwandernden ist jünger als dreißig Jahre, wobei ja Frauen noch mobiler sind als Männer. Mobilität ist nicht das Problem, sondern der geringe Austausch, hier der Mangel an Zuzugswilligen. Im Norden haben Schwerin, Rostock und Stralsund seit 1989 rund 20 Prozent der Einwohner verloren, Zwickau und Görlitz noch mehr und Leipzig fast ebenso viel. Jedenfalls nimmt die Bevölkerung ab. Im Ost-Ost-Vergleich fällt auf, dass z. B. auch die russische Population abnimmt, allerdings wegen der speziellen Mortalitätslage in der dortigen Gesellschaft. Aber auch andere ehemalige sozialistische Staaten haben mit dem demografischen Wandel erhebliche Probleme, weswegen der Ost-Ost-Vergleich durchaus erkenntnisreich ist.

Die sogenannte demografische Trägheit kann dazu verführen, den Prozess der Schrumpfung nicht oder erst spät wahrzunehmen. Dass man sich angesichts von Wachstumsprozessen der Weltbevölkerung nun wegen einer Schrumpfung in einigen Regionen des Landes Sorgen machen soll, leuchtet dem eher oberflächlichen Beobachter nicht ein, zumal bei der nur kursorischen Beschäftigung

mit demografischen Fragen. Aber die Wirklichkeit der Schrumpfung ist längst wahrnehmbar und augenscheinlich geworden. Bevor wir darauf eingehen nochmals ein Blick zurück.

Die DDR sah sich wie alle Industriegesellschaften seit etwa Mitte der 1960er Jahre mit der Tatsache des Geburtenrückgangs konfrontiert. Zusätzlich hatte man auch den Schwangerschaftsabbruch vollständig legalisiert. Das bevölkerungspolitische Gegensteuern – „Selbstverwirklichung der sozialistischen Frau“ – kostete die DDR einen großen sozialpolitischen Aufwand, den sie sich de facto nicht leisten konnte. Aber die angebotene Sozialpolitik griff – einfach deshalb, weil über das Kinderbekommen zugleich erreicht wurde, dass man z. B. an Wohnraum kam und weitere Anreize erhielt, um früh Kinder zu bekommen. Im Ergebnis sank das Erstgebäralter von Frauen bald auf fast das 20. Lebensjahr herab und es trat ein Phänomen ein, das vielen Behauptungen einer angeblich gesundheitlich verursachten Gebärfähigkeit widersprach. Die sogenannte Mütterrate – ein DDR-Jargon – drückte aus, dass deutlich mehr als 90 Prozent der Frauen tatsächlich auch Mütter wurden – d. h. die angeblich hohe Zahl der gesundheitlich nicht Gebärfähigen ist in Wirklichkeit enorm gering. Die große Zahl an Müttern in der DDR, deren Berufstätigkeit volkswirtschaftlich und ideologisch sehr erwünscht war, bedeutet jedoch nicht, dass sich deshalb die Kinderzahl erhöhte. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ließ – für Staat und Partei sozusagen – zu wünschen übrig. Viele Frauen, fast alle, könnte man sagen, bekamen ein Kind, aber Kinderreichtum konnte man sich kaum leisten. Einer höheren Kinderzahl stand der Zwang zu einem doppelten Einkommen in den Familienhaushalten entgegen.

Im Abstand eines Vierteljahrhunderts und mehr bedeutet diese sozialpolitische Struktur erstens, dass die relativ wenigen Kinder von damals heute für die Altengeneration

aufkommen sollen. Nur vorübergehend – aber immerhin! – erreichte die DDR-Bevölkerungsentwicklung Erhaltungsniveau. Sie bedeutet zweitens, dass aus der doppelten Erwerbstätigkeit von Mann und Frau in der DDR ein doppelter Rentenanspruch erwächst, weswegen sich die ältere Generation in den neuen Bundesländern nach der deutschen Revolution klar besser stellte – sogar als die Vergleichsgruppe im Westen. Die Einkommenssituation der Rentner, pro Kopf gerechnet, ist zwar klar schlechter als die der Rentner im Westen. Allerdings wirkt sich die längere Erwerbstätigkeit im Osten positiv aus und die Tatsache, dass meistens eine doppelte Erwerbstätigkeit vorliegt, vergrößert gar die Einkommen im Vergleich zum Westen. Die Entwicklung des Fuhrparks dieser Generation nach 1990 mag als Beispiel illustrierend sein für diese Folgerscheinung einer Doppelverdienerreihe, die gleichwohl demografisch nicht ergiebig gewesen sein muss. Die TFR (*Total Fertility Rate*), die endgültige Kinderzahl pro Frau, ist nicht bestandserhaltend ausgefallen.

Die Wirklichkeit der Schrumpfung ist längst Realität in ostdeutschen Kommunen. Das Problem ist sogar als ein drastisches ins Bewusstsein der Öffentlichkeit geraten, so sehr, dass ernsthaft vorgeschlagen wurde, diese Implosionsräume künftig von allen Förderungen und Investitionsvorhaben auszunehmen, brach liegen zu lassen. Der Staat könne es sich nicht mehr erlauben, in demografiebedingte Schrumpfungsräume Mittel fließen zu lassen, die an der Situation nichts ändern könnten.

Wie wir gesehen haben, beginnt die Schrumpfung „unten“ in der Bevölkerungspyramide. Kinderarmut breitet sich aus, die Familiengröße nimmt ab, Kinderlosigkeit wird selbst in einem Landesteil, in dem einmal die erwähnt hohe Mütterrate auftrat, erkennbar. Dörfer beginnen sich durch den ausbleibenden Nachwuchs zu verändern: Kindergärten können nicht mehr vorgehalten

werden, Kinder, auch Schulkinder, müssen in entfernte Kommunen gebracht werden, um ihre Bildungsbeteiligung zu gewährleisten. Derartige Räume werden zusätzlich dadurch unattraktiv, dass junge Menschen wegen der sinkenden Berufs- und Arbeitschancen diese Räume verlassen. Damit findet eine Qualitätseinbuße statt. Vor allem Aktive, Entwicklungsfähige und -willige verlassen die Region. Oft sind es bildungswillige junge Frauen, die eher als Männer migrieren, Ostdeutschland insgesamt verlassen. Abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen ändert sich dadurch die Partnerwahl, weil die Proportionen nicht mehr stimmen. Also entsteht auch innerhalb der jüngeren Generation eine zusätzliche Ungleichheit.

Daneben nimmt durch diese Abwanderung und das Geburtendefizit der Prozess der Alterung massiv Gestalt an. Der Anschluss an Arbeitsmarktentwicklungen wird verpasst. Das Gründerpotential wird abnehmen. Die Frage taucht auf, ob in diese alternde, von Auswanderung Jüngerer geprägten Räume noch sinnvoll investiert werden kann.

Die Kommunen leiden enorm unter dem demografischen Wandel und den daraus folgenden demografischen Verwerfungen. Die kommunalen Budgets werden belastet, es kommt zu Sparzwängen. Ein sogenannter Rückbau muss eingeläutet werden: Krippen und Kindergärten werden geschlossen, Schulen verlagert oder eingespart, die Versorgungssysteme müssen stark ausgedünnt werden, Einkaufsmöglichkeiten werden eingeschränkt, Krankenhäuser, Verwaltungszentren, Polizeieinheiten werden konzentriert, die Verwaltungsräume stark verdünnt – Entwicklungen, wie sie viele ostdeutsche Städte tagtäglich bereits prägen. Insofern ist der Osten unfreiwillig zu einem Trendsetter für ganz Deutschland geworden.

Sicherlich kann man die Stadtschrumpfung auch als Konsolidierungsprozess ansehen. Zunächst aber sinkt der Einkommenssteueranteil, die Landeszuweisungen und die

Umlagen im kommunalen Finanzausgleich werden gekürzt.

Für Mecklenburg-Vorpommern z.B. wird bis 2020 ein Bevölkerungsrückgang von weiteren rund 1,5 Millionen Menschen erwartet (im Zeitraum von 2001 bis 2020). Insofern wurde schon überlegt, ganze Regionen sozusagen stillzulegen, aus der demografischen Brache eine regionalpolitische zu machen, aus Kostengründen.

Demografisch gesehen könnte man so von Gewinnern und Verlieren sprechen. Abgewanderte im Westen, die erwähnten bildungsorientierten jungen Bevölkerungsgruppen versus die oben erwähnten Verlierer, die eher als immobil beschrieben werden. Doch auch im Westen, im Ruhrgebiet, tauchen bereits ähnliche Probleme auf. Der Zwang, Kosten senken zu müssen aus Gründen, die von der Demografie erzeugt wurden, könnte lehrhaft sein, wenn man die Prozesse richtig beobachtet und analysiert. Dass Schrumpfung und Ausdünnung von Regionen Kosten senken wird, kann nur eingeschränkt gelten. Zunächst steigen die Kosten auch deshalb im Osten, weil Versorgungsleistungen für eine kleinere Population aufrechterhalten werden müssen.

Politisch bedeutet Alterung, dass die Interessen der Älteren womöglich stärker beachtet werden, um Wahlerfolge zu erzielen, aber die Wahrnehmung dieser Interessen kann gesamtgesellschaftlich ungünstig sein. Die gut versorgten Rentner im Osten werden auf entsprechenden Rentengehältern bestehen, die aber volkswirtschaftlich und wegen der demografischen Verwerfungen nicht erwirtschaftet werden.

Es ist durchaus richtig, nach der deutschen Einheit auf den demografischen Wandel im Osten zu blicken. Aber es gibt auch große demografische Disproportionen im Westen, die in den nächsten Jahrzehnten zunehmen werden. Und sie haben nichts mit dem Bevölkerungsrückgang und

der Alterung, die es selbstverständlich auch im Westen gibt, zu tun. Bringen wir die Entwicklungstendenzen mit drei Thesen auf den Punkt:

- *Seniorialitätsthese*: Wir treten in Europa zuerst in ein neues Zeitalter der Seniorialität ein, mit dem kaum jemand Erfahrung hat. Neben anderen Regionen in der Welt, wie etwa Japan, wird der Osten Deutschlands eine der ersten sein, die dieses Zeitalter und seine Erscheinungsformen erlebt und erfährt.
- *Diversitätsthese*: Im Westen Deutschlands macht man zugleich – auch hier gilt es zu sagen: in einzelnen Konglomeraten vorerst nur – die Erfahrung von Diversität, eine Phase transitorischer Natur. Denn setzt sich der Prozess der Diversität über Jahrzehnte fort, wird es nicht bei Diversität bleiben, sondern vormalige Minderheiten werden Mehrheit geworden sein.
- *Implosionsthese*: Was im Deutschen als Schrumpfung bezeichnet wird, kann, nachdem lange Zeit von einer Weltbevölkerungsexplosion gesprochen wurde, als Implosion bezeichnet werden, die sich in regionalen Räumen abspielt.

Als Altersbeben („*agequake*“) wurde der Prozess auch schon bezeichnet. Das heißt, die Koinzidenz der Prozesse in Deutschland, mit sehr deutlich unterschiedlicher Verteilung der drei Vorgänge im Osten und im Westen, ist zwar auffallend, aber der demografische Wandel an sich ist ein weitverbreitetes Phänomen.

Wie die Ostdeutschen mit der Langlebigkeit, dem Wachsen des Durchschnittsalters und der bereits einsetzenden Schrumpfung umgehen, wie der Abbau von Verdichtung vor sich geht, wie ein erneutes Auffüllen von demografischen Lücken durch Migranten denn doch im Osten abgelehnt wird, wird beobachtet. Vor ein, zwei Jahrzehnten hätte man von *lean production* sprechen können. Jetzt muss man Schrumpfung zu gestalten versuchen.

Als Problem bleibt aufgegeben, erstens für eine nötige Produktivität zu sorgen, die in Ostdeutschland auch zwanzig Jahre nach der Einheit Probleme aufwirft. Sie müsste aber davon unabhängig gar noch klar gesteigert werden, um Implosionsvorgänge ausgleichen zu können. Zweitens wird die Frage immer dringlicher, ob die sozialen Sicherungssysteme dem demografischen Druck bzw. der demografiebedingten Belastung werden standhalten können.

Natürlich kann man die Schrumpfung auch gestalten, muss das auch angehen, sollte sie auch positiv beschreiben, etwa als Verschlankung. Nicht Überalterung, sondern eine langlebige Gesellschaft finden wir vor. Dieses Vokabular zu verwenden macht aus Integrationsgründen der Gesellschaft viel Sinn. Es darf nur nicht zur Schönfärbung dienen. Es kommt mehr und mehr ein Begriff in die Diskussion, der auch im Kontext der Demografie Bedeutung finden muss: der Begriff der *Resilienz*, also einer Ausgleichung eines einmal eingetretenen Schadensfalles, bildlich gesprochen die Behebung einer Eindellung durch ein Ausbeulen. Ob diese im Falle demografischer „Dellen“ geschieht oder ob Schäden, die in der Folge von Transformationsprozessen entstanden sind, wieder ausgeglichen werden können, kann man noch nicht sagen.

Am Rande nur sei erwähnt, dass sich neben der fortbestehenden demografischen Ost-West-Ungleichheit auch eine Ungleichheit im Verhältnis von in Deutschland geborenen Frauen zu Frauen mit Migrationshintergrund aufzut. 30 Prozent aller Mütter in Deutschland, so Roderich Egele, die von 1974 bis 1983 geboren wurden, haben Migrationserfahrung. Der demografische Wandel bleibt also trotz der sogenannten demografischen Trägheit ein höchst spannendes Thema.

Literatur

Kubis, Alexander / Schneider, Lutz: Im Fokus: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen. In: *Wirtschaft im Wandel*, 14 (2008) 4, S. 128–131.

Kirbach, Roland: Land ohne Leute. In: *Die Zeit*, 10. Mai 2001.

Schlömer, Claus: Binnenwanderungen seit der deutschen Einigung. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 62 (2004) 2, S. 96–108.

Schneider, Lutz / Eichler, Stefan: Alterung in Ostdeutschland: Gründerpotential sinkt bis 2020 merklich. In: *Wirtschaft im Wandel*, 13 (2007) 4, S. 102–109.